



Berlin 2004: Demonstration gegen Hartz IV, Sozialabbau und die Agenda 2010

IMAGO

Der Volksmund sagt: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Das Hier und Heute zeigt, es kann auch umgekehrt laufen: dass die Reaktion auf stürmische Zeiten ein laues Lüftchen ist. Jedenfalls bis jetzt.

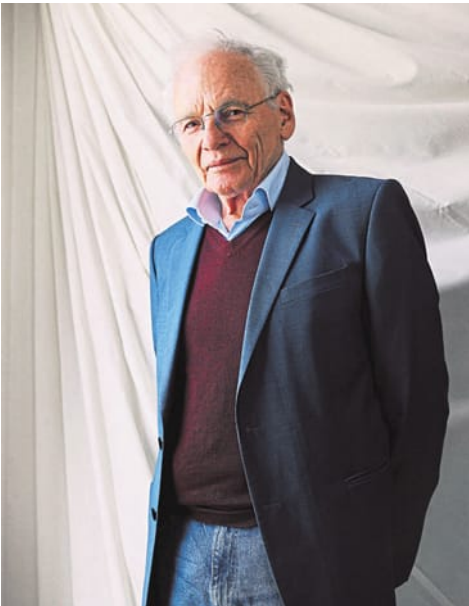
Die Merz-Regierung hat im Juli Worten Taten folgen lassen: Auf die Schimpfjahren über Faulheit und notorisches Krankfeiern der Beschäftigten und die Ankündigung, dass die „Zeiten des Paradieses vorbei“ seien, folgten als „Agenda 2030“ Sozialkürzungen, die sogar die rot-grüne „Agenda 2010“ in den Schatten stellen. Gleichzeitig werden hunderte Milliarden für Kriegsgerät ausgegeben.

Die Agenda 2010 rief Massenproteste hervor. Heute bleibt es, trotz einiger größerer lokaler Gewerkschafts- und Sozialproteste, merkwürdig still. Ins Auge fällt, wie geräuschlos der Hochrüstung/Sozialabbau-Cocktail serviert wird – obwohl Kanzler und Regierung historisch unbeliebt sind. Außerdem fällt auf, wie die Intellektuellen das alles begrüßen, ja vehement einfordern.

Das fing an mit der Berichterstattung, die den Glauben an die „vierte Gewalt“ weiter ins Wanken brachte. Nach Bekanntwerden der Maßnahmen Anfang Juli waren die Kommentarspalten von linksliberal bis rechtskonservativ einhellig voll des Lobs.

Zu den Jubelnden gehören nicht wenige bürgerlich-konservativ gewendete Alt-68er. Ralf Fücks, ehemaliger Grünen-Senator und Chef der Grünen-nahen Böll-Stiftung, heute beim von öffentlicher Hand und Konzernen finanzierten Thinktank „Zentrum Liberale Moderne“, forderte Ende Juli noch mehr Reformeifer. Seine Stellungnahme „Zeitenwende 2.0“ begann er mit dem Bekenntnis, dass wir in Deutschland aktuell von guten Regenten regiert würden – gemeint ist die Merz-Regierung. Die Agenda 2030 sei richtig, gehe aber nicht weit genug. Das unpopuläre, aber alternativlose Ziel heute sei: Nach der *militärischen* noch eine *ökonomische* Zeitenwende. Ihr Zweck: „Arbeitskosten“ senken. Konkret forderte Fücks: mehr „Flexibilität am Arbeitsmarkt“, höheres Renteneintrittsalter und für die Konzerne Steuergeschenke, geringere Sozialabgaben und Deregulierung. Geld, das jetzt noch in bezahlbares Wohnen, Rente, Gesundheit usw. fließt, solle priorisiert werden für digitale und andere Infrastrukturausgaben und Subventionen. Explizit wandte sich Fücks gegen Linke, die eine Vermögenssteuer wollen. Wer fordere, „die Reichen sollen zahlen“, sei ein Rattenfänger. Wirklich bemerkenswert, wie der 74-Jährige es schaffte, in unter fünf Minuten auch wirklich jedes gescheiterte Ideologem aus 50 Jahren Neoliberalismus wiederaufzulegen und mit der Forderung zu verbinden, den Weg, der in die Krise geführt hat, konsequent weiterzugehen.

Ein anderer interessanter Beitrag stammt vom westdeutschen Faschismushistoriker Götz Aly. Auch er hat auf seinem Weg nach oben seine früheren maoistischen Positionen um 180 Grad gedreht.



Der Historiker und Publizist Götz Aly

SABINE GUDATH/IMAGO

Diagonalkarrieren von links unten nach rechts oben sind an sich kaum der Rede wert, was Aly Ende Juli im Interview mit der Frankfurter Allgemeinen sagte, aber schon.

Aly und die FAZ sprachen darin über sich aufdrängende Parallelen zwischen unserer Gegenwart und der Wirtschaftskrise, Autarkiepolitik und schuldenfinanzierten Hochrüstung Deutschlands zwischen 1929 und 1939. Bemerkenswert ist die neue Selbstverständlichkeit dieses Vergleichs. Noch bemerkenswerter sind Alys Schlüsse.

Hitlers faschistischer Staat sei durch Verschuldung zum Krieg gezwungen gewesen. Die Schuldenlast sei so stark angewachsen, dass das „Dritte Reich“ sie nur auf räuberischem Wege refinanzieren konnte.

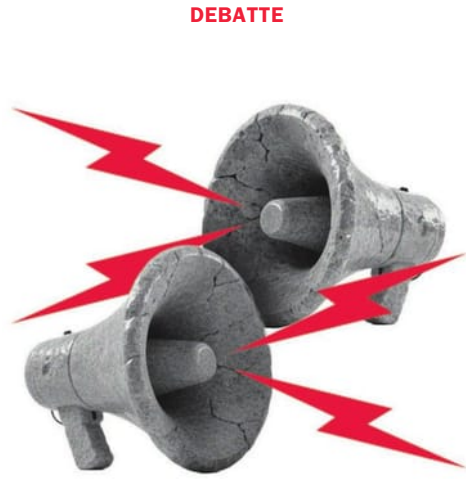
Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten, über schuldenfinanzierte Aufrüstung und Kriegspolitik nachzudenken: Marxistische Ansätze sehen die Ursprünge der Kriegsökonomie in der Überakkumulation des Kapitals. Auch könnte der Weg in den (Welt-)Krieg auf die Widersprüche von Rüstungswirtschaften zurückgeführt werden, die nur durch permanenten Krieg am Laufen gehalten werden können. Für Aly allerdings liegt das Problem woanders: Er sieht

nicht Hitlerdeutschlands Schulden als Folge der Hochrüstung und Kriegsvorbereitung, sondern umgekehrt die Hochrüstung und namentlich Kriegsvorbereitung als Folge der Schulden. Mehr noch: Er suggeriert, dass die Zwangsläufigkeit des Weltkriegs aufgrund der Schuldenlast nicht das Ergebnis der Rüstungsschulden gewesen sei (oder auch der zwangsläufig konfrontativen Autarkiepolitik), sondern der Tatsache, dass die Nazis, wie er es in „Hitlers Volksstaat“ ausgeführt hat, aus Gründen der Herrschaftsstabilisierung auch schuldenfinanziert soziale Wohltaten verteilten. Hierdurch sei die Entfesselung des Weltkriegs erst nötig geworden. Insbesondere, weil Hitler, anders als die Briten, auf Volksanleihen verzichtet habe, um seine Kriegswirtschaft zu refinanzieren. Kurz: der Weltkrieg als Folge nicht von Hitlers „Rüstungsstaat“, sondern seines „Sozialstaats“.

Der reale Gegensatz von Rüstungspolitik und Sozialausgaben bringt den FAZ-Redakteur dazu, erneut den historischen Vergleich aufzurufen: „Auch heute“, wie damals, „wollen wir Europa [...] unabhängiger machen, was kritische Rohstoffe und Produkte“ betreffe. Das hält auch Aly für alternativlos, woraufhin die FAZ nachhakt: „Autarkiepolitik kostet Wohlstand, egal aus welchen Motiven?“, spricht Hitlers oder Habecks, beziehungsweise Reiches?

Aly antwortet, indem er den Kausalzusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau richtig benennt. Im nächsten Schritt aber stellt er sich explizit und von oben-klassenkämpferisch auf den Boden des Sozialabbaus. Seine Sätze haben es in sich: „Man muss den Gürtel enger schnallen. Heute aus besseren Gründen als damals. Vielen Deutschen scheint noch nicht klar zu sein, dass sie nicht alles gleichzeitig haben können: China zum Systemrivalen erklären, Putin in Schach halten, auf sein Gas verzichten, und dennoch sämtliche Sozialleistungen und Subventionen zu hüten wie das Goldene Vlies.“

Was Aly damit sagt, ist: Die Blockkonfrontation gegen China und den globalen Süden mit Hochrüstung und Wirtschaftskrieg ist alternativlos. Weil das aber immense Summen verschlingt, ist für ihn auch der Sozialkahl Schlag alternativlos. Den Sozialstaat zu erhalten oder angesichts



Im Ressort Debatte geht es um die heiligen Kühe der Republik. Kontrovers und schonungslos. Wir bringen die Themen auf den Tisch.

Auskoppelung des Beitrages mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages.

grassierender (Alters-)Armut, Wohnungsnot, Bildungsnotstand, Versorgungskrise und ausufernder Arbeitsbelastung gar auszubauen, dürfe nicht passieren: weder, wie es Gewerkschaften fordern, im Sinne des Wohlergehens der lohnabhängigen Bevölkerungsmehrheit, noch, wie es die Nazis praktizierten, im Sinne der konsensualen Einbindung der Bevölkerung. Im Endeffekt würde das ja, so Alys Schluss, zu Verschuldung in so riesigem Ausmaße führen, dass man, quasi wie Hitler, Weltkrieg machen müsse, denn auch heute sei die Bevölkerung ja nicht bereit, die Konfrontationspolitik durch Volksanleihen zu finanzieren.

Es ist eine bemerkenswert verquere, aber folgenreiche Logik: Weltkrieg nicht als Folge der eigenen Kriegsvorbereitung, sondern aufgrund von Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für Mama Julia, Zahnersatz für Papa Thomas, Pflegestufe für Opa Dieter, Pfandsammeln-Prophylaxe für Tante Gabi, Kitabetreuung für Enkelin Mathilda und Feiertag für die ganze Familie.

Auf die Idee, dass der (Welt-)Krieg in der Blockkonfrontationspolitik selbst angelegt ist, kommt Aly nicht. Ebenso wenig neigt er zum Gedanken, dass ein Gemeinwesen, das noch mehr als bisher über den Markt und nun auch noch durch die inflationäre Autarkie- und Rüstungspolitik ökonomisch und politisch polarisiert wird, sich selbst zerstört. Er sieht auch nicht, dass eine nach innen fürchterlich verarmte und verblödete und gleichzeitig bis an die Zähne bewaffnete Gesellschaft zur Gefahr für die Welt wird.

Schließlich werden ihre Politiker dann noch mehr dazu neigen, im Ausland Sündenböcke für die innere Misere zu finden und Oppositionelle im Innern als „Agenten“ dieser ausländischen Mächte, also des Hochverrats zu bezichtigen.

Weil dem aber so ist, zeigen Aly, Fücks & Co., die sich selbst als Verteidiger der Demokratie inszenieren, auch die Bereitschaft, die von ihnen für alternativlos gehaltene Hochrüstungs-Sozialabbau-Politik auch mit den Mitteln des autoritären Staates rigoros durchzusetzen. Mehr noch, beide fordern ihn konsequent ein: „Sie sprachen“, wird Aly gefragt, „von Hitlers Wohltaten. Müssen Demokratien das auch machen, um Zustimmung zu erhalten?“

Alys Antwort: Heute seien „wir“ – Aly nutzt das „wir“, wenn es die Perspektive von oben ist, die Soziales kürzen will, er nutzt das „man“, wenn die unten das erdulden müssen – „in einer ganz anderen Situation: Wir müssen den Sozialstaat verschlanken, der an allen Ecken und Enden Fett angesetzt hat“. Das müsse man „gegen ein verwöhntes Volk (...) durchsetzen“. Die „Parteien der Mitte“ sollten sich „offen und klar gegen [...] Besitzstandsdenken“ stellen und die Opposition von Gewerkschaften, Sozialverbänden und anderen Interessenvertretungen der Arbeiterklasse übergehen.

„Solche Leute brauchen wir“

Die FAZ legt beipflichtend nahe: „Vielleicht sollte die Regierung nicht so schnell nervös werden.“ Worauf Aly in Bezug auf die massiven Kürzungen in der Pflegeversicherung und die ab 2027 kommenden, nochmaligen privaten Zuzahlungen zum Zahnersatz sagt: „Gesundheitsministerin Nina Warken“ habe „ihre Reform immerhin recht cool durchgezogen. Diese Adenauers, Schmidts und Schröders, die an bestimmten Punkten einfach gesagt haben: Das mach ich jetzt, da könnt ihr protestieren, solange ihr wollt! Es muss sein! Solche Leute brauchen wir.“

Analag forderte auch Fücks mehr Mut, unpopuläre, weil Lebenslagen von Beschäftigten und Familien massiv verschlechternde Entscheidungen autoritär durchzudrücken, wie einst Adenauer, als er gegen den Willen der Bevölkerung die Remilitarisierung erzwang.

Alys und Fücks autoritärer und militaristischer Neoliberalismus unterstreicht in aller Deutlichkeit, vor welchen Richtungsentscheidungen Deutschland steht: Gemeinsame Sicherheit oder Wetttrüsten und Krieg? Sozial- oder Rüstungsstaat? Zivile oder militarisierte Gesellschaft? Demokratischer oder autoritärer Staat?

Eine breite Phalanx bürgerlicher Parteien und Medienleute ist entschlossen, Deutschland in Richtung autoritärer Rüstungsstaat ohne soziale Gerechtigkeit zu bringen, der, international isoliert, seinen Abstieg beschleunigt. Alternativlos ist das nicht. Das Schweigen der Lemminge, darauf zählt man in den Konzernzentralen. Aber wenn Intellektuelle, die dafür gut bezahlt werden, mit diesen Wölfen heulen, die ihren Schafspelz abgelegt haben, so kann das auch schlafende Löwen wecken.

Für den 26. September haben die Gewerkschaften unter dem Motto „Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente“ zu Massenprotesten aufgerufen. Auch die Linken haben einen heißen Herbst angekündigt. Vielleicht war der Sommer der Windstille dann bloß die sprichwörtliche Ruhe vor dem Sturm.